

Nachhaltige Entwicklung über Offshore- Finanzzentren?

Eine Analyse der Offshore-Aktivitäten der DEG und der steuerlichen Konsequenzen

Christoph Trautvetter



Gemeinsam für gerechte, solidarische und nachhaltige Finanzsysteme –
gegen Steuerflucht und Schattenfinanzwirtschaft weltweit

Impressum

Nachhaltige Entwicklung über Offshore-Finanzzentren?

Stand

Mai 2024

Autor

Christoph Trautvetter ist Koordinator des Netzwerks Steuergerechtigkeit und betreut zusätzlich die Themenbereiche Unternehmensteuern, Schattenfinanz und internationale Steuergerechtigkeit. Vor dem Netzwerk hat er unter anderem für Teach First, KPMG und im Europaparlament gearbeitet. Er hat einen Master in Public Policy von der Berliner Hertie School und einen Bachelor in Philosophy & Economics der Universität Bayreuth.

c.trautvetter@netzwerk-steuergerechtigkeit.de

Herausgeber

Netzwerk Steuergerechtigkeit

Weidenweg 37

10249 Berlin

www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de

info@netzwerk-steuergerechtigkeit.de

Die Studie wurde finanziert durch Misereor.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
Zwischen Anspruch und Wirklichkeit	6
Die Aktivitäten der DEG in OFCs	8
Das Transparenzversprechen im Realitäts-Check	12
Die Verbesserungen	12
Die Kritik	13
Steuerliche Konsequenzen und Unternehmensbeispiele	16
Quellensteuervermeidung über vorteilhafte Doppelbesteuerungsabkommen	17
Gewinnverschiebung in OFCs	20
Steuerhinterziehung und Geldwäscherisiken	20
Update für das Geschäftsjahr 2023	22
Fazit und Empfehlungen	24

Anhang 1: Liste der Offshore-Finanzzentren (OFCs)	25
--	-----------

Zusammenfassung

Die DEG investiert in Unternehmen in ihren Zielländern, unter anderem weil diese Unternehmen lokale Einkommen für Lieferanten, Mitarbeiter, Staat und Investoren erzeugen und damit einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leisten. Durch ihr entwicklungspolitisches Mandat soll die DEG „ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke“ verfolgen und ist dafür steuerbefreit. Für die Investitionen nutzt die DEG in vielen Fällen Private Equity Funds und Zwischengesellschaften in Offshore-Finanzzentren („OFCs“). Dadurch gehen in den Zielländern Steuereinnahmen verloren. Zusätzlich legitimiert die DEG die Nutzung von OFCs, obwohl diese wesentlich zu den hohen illegitimen Finanzflüssen aus Ländern des Globalen Südens beitragen. Als Antwort auf die in den letzten Jahren wiederholt vorgebrachte Kritik an dieser Praxis verweist die DEG neben fehlender Alternativen auf ihre eigenen Transparenzbemühungen und auf die lokal gezahlten Steuern der Unternehmen an denen die DEG über die Fonds beteiligt ist. Die Studie analysiert die Entwicklung der Aktivitäten der DEG in OFCs und wertet die veröffentlichten Informationen über die Offshore-Aktivitäten aus. Sie beschreibt an konkreten Beispielen die steuerlichen Konsequenzen und formuliert politische Empfehlungen an die DEG und die Bundesregierung.

Die Auswertung der Beteiligungslisten der letzten Jahre zeigt, dass die DEG ihre Aktivitäten in OFCs trotz anhaltender Kritik aus quantitativer Sicht nicht wesentlich verringert oder verändert hat. Mit 166 von 317 Beteiligungen waren 2022 weiterhin mehr als die Hälfte der Beteiligungen in OFCs ansässig. Die Kaimaninseln und Mauritius waren wie in den Vorjahren die wichtigsten OFCs, obwohl die Kaimaninseln wegen der Gesetzgebung für Investmentfonds zwischenzeitlich sogar auf der schwarzen Liste der EU standen. Und trotz der vielen Skandale im Zug der Panama Papers und Vorwürfen von systemischer Korruption und fehlender Unabhängigkeit der Justiz, die den Britischen Jungferninseln von der Anfang 2021 eingesetzten Sonderkommission umfangreich bestätigt wurden, nutzt die DEG dieses OFC und weist für 2021 sogar eine neue Beteiligung auf den britischen Jungferninseln auf.

Bei der Transparenz hat die DEG zwar auf wiederholte Kritik reagiert und erste Neuerungen umgesetzt. Die wesentlichen Informationen zur steuerlichen Beurteilung der Offshore-Aktivitäten sind aber weiterhin nicht öffentlich zugänglich. Seit 2015 veröffentlicht die DEG investitionsbezogene Informationen auf ihrer Website. 2020 verlängerte sie den Veröffentlichungszeitraum von zwei auf fünf Jahre. 2022 folgte eine weitere Verlängerung auf den gesamten Vertragszeitraum und eine Ausweitung der zu veröffentlichenden Informationen und es werden teilweise Angaben zu Holding-Strukturen und Sitzland der Holding erhoben. Seit 2023 kann man die Daten auch in elektronischer Form herunterladen. Aber:

- » Nur 73 von 166 OFC-Beteiligungen sind auf der DEG-Website aufgeführt: Die Einträge auf der Website lassen sich teilweise nur mit großem Aufwand einer Beteiligung aus dem Geschäftsbericht zuordnen und für einen Großteil der Beteiligungen gibt es – vor allem, aber nicht nur wegen der Altfälle – weiterhin keine weiterführenden Informationen auf der DEG-Website.
- » Nur 254 von 1.000 indirekten Unternehmensbeteiligungen und nur 25 Geschäftsberichte konnten identifiziert werden: Nur für einen Teil der Fonds-Beteiligung ist es möglich über die jeweilige Websites der Fonds die mit der DEG-Beteiligung in Verbindung stehenden Unternehmensbeteiligungen zu identifizieren. In den Fällen, wo dies möglich ist, findet sich meistens lediglich ein Link zur Unternehmens-Website und nur für etwa drei Prozent der Unternehmen mit indirekter DEG-Beteiligung konnten wir Geschäftsberichte mit Angaben über Gewinne und Steuerzahlungen identifizieren.
- » Weiterhin keine Angaben zu Gewinnabflüssen über OFCs: Auch bei den im Entwicklungspolitischen Bericht der DEG veröffentlichten aggregierten Informationen fehlen wesentliche Angaben u. a. zu Gesamtgewinnen und der Gewinnaufteilung um die steuerlichen Konsequenzen der OFC-Aktivitäten zumindest grob abzuschätzen.

Die mangelnde Transparenz macht eine Bewertung der steuerlichen Wirkung des DEG-Engagements über OFCs für den Bundestag und die Öffentlichkeit unmöglich. Die Beurteilung der entwicklungspolitischen Wirkung ist durch die fehlenden Informationen über die Beteiligungen unmöglich.

Trotz aller Beschränkungen aufgrund der mangelhaften Transparenz zeigt die Analyse: Die DEG vermeidet durch die Investitionen über OFCs Steuern in den Partnerländern. Verantwortlich dafür sind vor allem geringere Quellensteuern dank der jeweils gültigen Doppelbesteuerungsabkommen. Am Beispiel der Besteuerung von Dividenden zeigt die Analyse, dass die DEG über ihre OFC-Beteiligungen in mehreren Fällen Steuern vermeidet. Dadurch erhöht sie ihren Gewinn und den ins Ausland abfließenden Gewinn insgesamt auf Kosten der Partnerländer. Am Beispiel von Kenia zeigt die Analyse, dass Millionengewinne unbesteuert bleiben und der indirekte Schaden für den öffentlichen Haushalt noch deutlich größer sein kann. Auch wenn die Erträge der DEG wieder in den Zielländer reinvestiert werden, widerspricht das den entwicklungspolitischen Zielen der Bundesregierung.

Als Konsequenz fordert die Studie zum einen mehr Transparenz. Die Bundesregierung muss ihre Bewertung, es gäbe kein „Transparenz- und Rechenschaftsdefizit“¹ bei der DEG revidieren. Sie sollte sicherstellen, dass die DEG:

- 1.** Alle Private Equity Funds mit DEG-Beteiligung verpflichtet, Informationen über ihre Beteiligungen nach Fond getrennt zu veröffentlichen.
- 2.** Basisinformationen der indirekt gehaltenen Unternehmensbeteiligungen auf der eigenen Website der DEG zur Verfügung stellt (darunter Name, Sitzland und ggf. Website) oder zumindestens einmal jährlich die Liste der Beteiligungen veröffentlicht.
- 3.** Informationen über die Beteiligungsstruktur auf der eigenen Website offenlegt (darunter Name der DEG-Beteiligung entsprechend der Beteiligungsliste im Geschäftsbericht, Beteiligungskette zum Zielunternehmen und ggf. Obergesellschaften des Fonds).

Zum anderen sollten die Bundesregierung und die DEG die negativen (Neben)Effekte über OFCs anerkennen. Dazu sollte die DEG:

- 1.** Die negativen Effekte von Gewinnabflüssen über OFCs in ihrer Wirkungsanalyse messen und zumindest aggregierte Zahlen zu den lokalen Gewinnen als Verhältnis zu den lokalen Steuerzahlungen und die über Drittländer abfließenden Investoreneinkommen im Vergleich zu lokalen Investoreneinkommen veröffentlichen.
- 2.** Die direkte und indirekte entwicklungspolitische Wirkung ihrer Aktivitäten in OFCs genauer und nachvollziehbar untersuchen. Dazu sollte sie ihre Kriterien zum Fondesengagement veröffentlichen und ggf. weiterentwickeln.
- 3.** Eine Strategie zur mittelfristigen Reduktion der DEG-Finanzierungen über OFCs erarbeiten.

Schließlich sollte die DEG auch jenseits der in dieser Studie untersuchten steuerlichen Wirkung in Bezug auf die entwicklungspolitische Wirkung für mehr Transparenz sorgen. Neben der Offenlegung der indirekten Unternehmensbeteiligungen sollte sie dazu nachvollziehbare Informationen über die entwicklungspolitische Wirkung der einzelnen DEG-Finanzierungen, wie Umwelt- und Sozialpläne und DERA-Daten veröffentlichen und damit eine Antwort auf wachsende Zweifel und Kritik vor allem an den Investitionen über OFCs liefern.

Update 2023

Im April 2024 hat die DEG den Geschäftsbericht für 2023 veröffentlicht. Im Vergleich zu 2022 enthält er keine wesentlichen Veränderungen. Auch 2023 war die Hälfte der neuen Beteiligungen in OFCs registriert, vor allem den Kaimaninseln und Mauritius. Die Verknüpfung zwischen DEG-Website und Geschäftsbericht war weiterhin nur mit großem Aufwand möglich, zu 3 neuen OFC-Beteiligungen es keinen zuzuordnenden Website-Eintrag. Schließlich konnten nur bei 3 von 22 neuen Fund-Beteiligungen die Zielunternehmen identifiziert werden, 2 neue Funds hatten nicht mal eine Website.

¹ Siehe Antwort der Bundesregierung vom 21.12.2023 auf Parlamentarische Frage „Transparenz und Rechenschaft bei Investitionen der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft im Privatsektor des Globalen Südens“, S.2; Drucksache 20/9897

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

„Einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung des lokalen Einkommens leisten Unternehmen über Steuerzahlungen. Damit tragen sie auch zur Erreichung des SDG 17 bei, das u. a. die Stärkung der Mobilisierung inländischer Ressourcen zum Ziel hat.“ DEG, Entwicklungspolitischer Bericht 2022

Die Halbzeitbilanz der Umsetzung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung, kurz SDGs, fällt ernüchternd aus: Für mehr als die Hälfte der Ziele ist nur schwacher oder unzureichender Fortschritt zu verzeichnen, bei einem Drittel ist der Trend negativ. Besonders dramatisch sieht es beim Kampf gegen den Hunger aus. Steuereinnahmen sind für Länder des Globalen Südens eine der wesentlichen öffentlichen Finanzierungsinstrumente, um die SDG-Umsetzung zu beschleunigen. Dies sieht auch die DEG so: unter der Überschrift „Steuerzahlungen steigern Ressourcen vor Ort“ beschreibt die DEG im entwicklungspolitischen Bericht ihren Beitrag zur Steigerung der lokalen Einkommen zur Erreichung des SDG 17. Die Generierung von lokalem Einkommen ist eines von fünf Zielen in den DEG Development Effectiveness Ratings. Steuern und andere Zahlungen an den Staat sind dabei einer von vier betrachteten Geldflüssen, neben den Zahlungen an Mitarbeiter, Zulieferer und Investoren.

Eine von der DEG beauftragte Studie aus dem Jahr 2020 kommt zu dem Ergebnis, dass die durch Kredite und über Beteiligungen geförderten Unternehmen im Jahr 2018 etwa 9,2 bis 12,6 Milliarden Euro Steuereinnahmen erzeugt haben. Diese umfassten vor allem die Steuern auf die gezahlten Arbeitseinkommen (3,6 Milliarden Euro), Unternehmenssteuern (3,2 Milliarden Euro) und Mehrwertsteuern (5,1 Milliarden Euro). 2022 betragen die Steuerzahlungen laut entwicklungspolitischem Bericht 6,4 Milliarden Euro² und stellten damit nur einen relativ kleinen Teil der gesamten lokalen Einkommen von 208,6 Milliarden Euro³. Die Gewinne und Kapitaleinnahmen lokaler Investoren waren mit 27,3 Milliarden Euro deutlich höher. Wie hoch der Umfang der Gewinne und Kapitaleinkommen insgesamt war und welcher Teil davon vor Ort niedriger besteuert

wurde und ins Ausland floss, berichtet die DEG nicht. Auch die Berechnungsmethode für die Ermittlung der „lokalen Einkommen“ ist nicht nachvollziehbar.⁴

Mehrere Studien, kleine Anfragen aus dem Bundestag und Zeitungsartikel thematisieren die Aktivitäten der DEG in Offshore-Finanzzentren („OFCs“). Sie verweisen auf die Gefahr, dass bei DEG-Investitionen über OFCs für die Entwicklung wichtige Einnahmen in den Zielländern der Investitionen verloren gehen und kritisieren, dass die DEG Informationen zu ihrer entwicklungspolitischen Wirkung nicht ausreichend transparent macht und durch ihre Präsenz die OFCs legitimiert und damit illegitimen Finanzflüssen Vorschub leistet. Auch auf internationaler Ebene, kritisierten 280 zivilgesellschaftliche Organisationen in einem Aufruf aus dem Jahr 2021 dass der Rückgriff internationaler Entwicklungsbanken auf „offshore private equity funds“ Rechenschaft erschwert und dafür sorgt, dass Investitionen nicht in nachhaltige und verantwortungsvolle Investitionen, sondern in die Taschen der Finanzelite fließen.

Die vorliegende Studie untersucht, wie die DEG auf diese Vorwürfe reagiert hat, insbesondere wie sich ihre Geschäftsaktivitäten in den OFCs in den letzten Jahren entwickelt haben, wo die DEG Transparenz erhöht hat und wo diese weiterhin fehlt. Zusätzlich bewertet die Studie anhand öffentlich verfügbarer Informationen die steuerlichen Konsequenzen der DEG-Aktivitäten in den OFCs. Dazu sammelt sie alle verfügbaren Informationen über Unternehmen in OFCs, an denen die DEG direkt oder indirekt über Fonds beteiligt ist und vergleicht deren Besteuerung anhand der geltenden Doppelbesteuerungsabkommen und – wo verfügbar – auch der Geschäftszahlen mit der eines lokalen Unternehmens im entsprechenden Zielland.

2 Um welche Steuern es sich dabei handelt, berichtet die DEG nicht.

3 Der größte Teil der lokalen Einkommen entsteht durch Zahlungen an Zulieferer (145,9 Milliarden Euro).

4 Die Methodik des DERA ist für die DEG Verschlussache. Argumentiert wird damit, dass die DEG DERA als Lizenzprodukt verkauft und deswegen eine Offenlegung dem Geschäft der Lizenzvergabe zuwiderläuft. Dabei bleibt aber beispielsweise unklar, ob Steuerzahlungen in OFCs eingerechnet werden oder wie die DEG ihren Anteil an den Steuereinnahmen bewertet.

Ein paar Zahlen zur DEG

Die DEG wurde 1962 als "Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit mbH" in Köln gegründet und ist seit 2001 hundertprozentige Tochter der staatlichen KfW-Bank. Sie hat den entwicklungspolitischen Auftrag, den Ausbau der Privatwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern und ist deswegen als gemeinnützige Organisation steuerbefreit. Sie fördert vor allem kleinere und mittlere Unternehmen, die sonst auf dem Markt Probleme haben sich zu finanzieren. Sie tut das direkt oder indirekt über lokal aktive Banken und Fonds-Beteiligungen. Und sie nutzt dafür Darlehen oder beteiligt sich selbst am Eigenkapital der Unternehmen.

Laut Geschäftsbericht 2022 bestanden die Investitionen der DEG in Partnerländern aus 4,6 Milliarden Euro Darlehen

(ca. 70 Prozent) und 2 Milliarden Euro Beteiligungen (ca. 30 Prozent). Daraus erwirtschaftete die DEG einen Zinsüberschuss von 187,3 Millionen Euro sowie ein Beteiligungsergebnis von 186,2 Millionen Euro, darunter Veräußerungsgewinne von 112,2 Millionen Euro und Dividenden von 74,0 Millionen Euro. Nach Abzug des Verwaltungsaufwands blieb ein operativer Überschuss von 248,4 Millionen Euro. Diese Gewinne erhöhen das auf 2,5 Milliarden Euro angewachsene Eigenkapital der DEG. Mit diesem erhöhten Eigenkapital finanziert die DEG das Wachstum ihrer Darlehen und Beteiligungen. Entsprechend wuchsen die Investitionen in Partnerländern im Vergleich zu 2014 kontinuierlich um insgesamt 1,9 Milliarden Euro.

Die Aktivitäten der DEG in OFCs

Bereits 2014 zeigte ein **Bericht von Eurodad**, dass die DEG 2012 aus 46 Projekten mindestens sieben über OFCs wie die Kaimaninseln und die Britischen Jungferninseln strukturierte. Die Präsenz der DEG war danach regelmäßig Gegenstand parlamentarischer Anfragen an die Bundesregierung.

Eine parlamentarische Anfrage aus dem Jahr **2016** fragt nach den Hintergründen zu neun Investitionen über Steueroasen. In Bezug auf die konkreten Beteiligung verweist die Antwort auf das Bankgeheimnis. Allgemein unterliege die DEG wegen der seit dem 1. Januar 2010 gültigen Leitlinien zum Umgang mit Finanzierungen in intransparenten Ländern gewissen Beschränkungen bei Finanzierungen in diesen Staaten. Allerdings galten nach den zugrunde gelegten Standards der OECD und der FATF nur neun Länder, darunter keines der wichtigen OFCs, als intransparent.⁵

Definition Offshore-Finanzzentrum („OFC“)

DEG und Bundesregierung verweisen bei Anfragen zum Thema „Steueroasen und Schattenfinanzplätze“ meistens auf die schwarzen Listen der OECD und der FATF. Die hier verwendete Liste ist deutlich länger. Sie umfasst die Staaten, die wegen niedriger Steuern, Sonderregeln, investorenfreundlicher Doppelbesteuerungsabkommen und Geheimhaltung häufig als Zwischenstation für Investitionen in Drittstaaten verwendet werden. Eine komplette Liste findet sich in Anhang 1.

Als Grund für die Nutzung der OFCs durch die DEG führte die Bundesregierung „die rechtssichere, effizientere und durch weniger Korruption beeinflusste Investition in ein DEG-Partnerland“ ins Feld. Allgemein hebt sie die Erhöhung von Investitionen in entwicklungsrelevanten Sektoren sowie die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in Partnerländern und dadurch letztlich auch ein erhöhtes Steueraufkommen hervor, die nach Darstellung der Bundesregierung teilweise nur über OFCs möglich sind. Eine Anfrage aus dem Jahr **2018** hinterfragte warum z. B. in der Türkei auf Investitionen über OFCs zurückgegriffen wurde, obwohl gleichzeitig direkte Investitionen getätigt wurden und diese scheinbar rechtlich und ökonomisch unproblematisch möglich waren. Darauf antwortete die Bundesregierung, dass „insbesondere bei der Investition in KMU eine Investition über eine Beteiligung an Fonds, Zweckgesellschaften und Unternehmen in OFCs oftmals effizienter, wohingegen bei großen Infrastrukturprojekten, wie einem Krankenhausbau, eine direkte Investition vorteilhafter sein kann.“

Eine Auswertung der im Geschäftsbericht der DEG gelisteten Beteiligungen seit 2016 zeigt, dass die DEG trotz öffentlicher Kritik ihre Aktivitäten in OFCs nicht reduziert hat. Von 317 im Geschäftsbericht 2022 gelisteten Beteiligungen hatten 166 ihren Sitz in einem OFC. Der auf sie entfallende Kapitalanteil der DEG summierte sich auf 1,4 Milliarden Euro (59 Prozent der Gesamtsumme und 317 Millionen Euro mehr als im Vorjahr).⁶ Der starke Anstieg der OFC-Beteiligungen von 2015 auf 2016 geht vor allem auf eine geänderte Veröffentlichungspraxis zurück. Im Geschäftsbericht 2016 werden erstmals auch Beteiligungen mit einem DEG-Anteil von weniger als 20 Prozent ausgewiesen.

⁵ Bei den Ländern handelte es sich zu diesem Zeitpunkt um Guatemala, Libanon, Liberia, Mikronesien, Nauru, Trinidad und Tobago und Vanuatu (OECD) sowie Iran und Nordkorea (FATF). Eine Übersicht über die Liste der hier als OFC identifizierten Staaten findet sich in Anhang 1.

⁶ Die Gesamtzahl enthält fünf Unternehmen bei denen sowohl eine direkte als auch eine indirekte Beteiligung in der Beteiligungsliste angegeben ist. Der in der Beteiligungsliste ausgewiesene Eigenkapitalanteil (2,4 Milliarden Euro) entspricht nicht exakt den bilanzierten Beteiligungswerten (2,1 Milliarden Euro). Die Abweichung ergibt sich zum einen durch neue Investitionen für die in der Beteiligungsliste noch keine Werte angegeben sind und durch unterschiedliche Bewertungsansätze.

Jahr	OFC-Beteiligungen	DEG-Anteil am Eigenkapital (in T€)	Zuwachs (in T€)	Anteil OFC-Beteiligungen	Anteil OFC am Eigenkapitalanteil
2014	*	*	*	16 %*	35 %*
2015	*	*	*	28 %*	38 %*
2016	113	693.128,05 €	*	51 %	56 %
2017	119	1.012.802,01 €	319.673,96 €	51 %	59 %
2018	146	1.005.750,42 €	-7.051,59 €	60 %	61 %
2019	145	1.120.146,76 €	114.396,34 €	60 %	61 %
2020	167	1.177.242,47 €	57.095,71 €	57 %	61 %
2021	161	1.125.693,71 €	-51.548,76 €	51 %	55 %
2022	166	1.443.238,26 €	317.544,55 €	52 %	59 %

Tabelle 1: Anzahl und Umfang der DEG-Beteiligungen in OFCs (2014 bis 2022)

Quelle: eigene Berechnung anhand der Beteiligungslisten aus den jeweiligen Geschäftsberichten

* geänderter Schwellenwert ab 2016

Auch die Verteilung der OFC-Beteiligungen auf die verschiedenen OFCs hat sich in den letzten Jahren kaum geändert. Die für die DEG wichtigsten OFCs sind nach wie vor mit Abstand die Kaimaninseln und Mauritius, gefolgt von Singapur, Luxemburg und Guernsey. Die einzelnen Beteiligungen zum Beispiel auf Panama oder St. Kitts und Nevis sind schon mehrere Jahre alt, aber 2022 sind auch neue OFC-Beteiligungen dazugekommen, vor allem auf den Kaimaninseln und in Mauritius.

OFC	OFC-Beteiligungen	DEG-Anteil am Eigenkapital (in T€)
Kaimaninseln	52	508.626,66 €
Mauritius	46	392.370,41 €
Singapur	19	119.954,48 €
Luxemburg	12	85.696,71 €
Guernsey (Kanalinsel)	11	79.427,76 €

Malta	5	57.067,91 €
Niederlande	5	19.105,36 €
Britische Jungferninseln	4	1.754,10 €
Bahrain	2	43.637,28 €
Hong Kong	2	31.998,40 €
Panama	2	14.698,93 €
Jersey	2	4.658,87 €
Libanon*	1	76.171,75 €
St. Kitts und Nevis	1	8.069,65 €
Irland	1	- €
Zypern	1	- €
Gesamtergebnis	166	1.443.238,26 €

Tabelle 2: DEG-Beteiligungen nach OFC (2022)

Quelle: eigene Berechnung anhand der Beteiligungslisten aus den jeweiligen Geschäftsberichten

* Libanon ist gleichzeitig Partnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Unter den im Geschäftsbericht aufgeführten Beteiligungen finden sich direkte Unternehmensbeteiligungen genauso wie Anteile an Private Equity Funds, die wiederum indirekt an weiteren Unternehmen beteiligt sind. Diese indirekten Beteiligungen erscheinen nicht in der Beteiligungsliste, gehen aber nach DEG-Auskunft in die Wirkungsanalyse ein.⁷ Laut entwicklungspolitischem Bericht war die DEG 2022 an 170 Private Equity Funds beteiligt, die wiederum an etwa 1.000 Unternehmen beteiligt waren (Vorjahr 130 Fonds, 700 Unternehmen).

Nach unserer Auswertung der Beteiligungsliste befanden sich zwei Drittel der Fonds-Beteiligungen und etwa ein Drittel der direkten Unternehmensbeteiligungen in einem OFC. Dabei haben wir 201 der 317 Einträge dem Typ „Private Equity Fund“ zugeordnet. Die Differenz zum DEG-Bericht (170 Beteiligungen) entsteht vor allem dadurch, dass die DEG teilweise an mehreren Objektgesellschaften des gleichen Fonds beteiligt ist.⁸

	OFC	Nicht-OFC	Gesamt
Private Equity Fund	129	72	201
Andere	37	79	116
Gesamt	166	151	317

Tabelle 3: Arten der OFC-Beteiligungen

Quelle: eigene Klassifizierung anhand des Geschäftsberichts 2022

Ob es sich bei den Beteiligungen in den OFCs um Zwischengesellschaften ohne wesentliche Substanz (sogenannte „Briefkastenfirmen“) handelt, oder ob die Fonds bzw. Unternehmen selbst ihren Sitz in den OFCs haben oder dort einen wesentlichen Teil ihrer Mitarbeiter beschäftigen, lässt sich nicht umfassend auswerten, weil die dafür nötigen Informationen nicht immer öffentlich zugänglich sind. Aber eine beispielhafte Auswertung zeigt, dass es sich in der Mehrzahl um Zwischengesellschaften mit wenig Substanz vor Ort handelt. Vor allem in Mauritius, Singapur und Luxemburg gibt es öfter auch Personal vor Ort, was aus steuerlicher Sicht die

Gewinnverlagerung zum Teil legitimiert, aber aus entwicklungspolitischer Sicht problematisch sein kann. Folgendes zeigt die Untersuchung exemplarischer Einzelfälle:

- » Die Vietnam Investments Group fokussiert sich auf Investitionen in Vietnam, führt auf ihrer Website lediglich eine Kontaktadresse in Vietnam und sucht in mehreren Stellenanzeigen nach Personal für Vietnam. Die DEG ist an drei auf den **Kaimaninseln** ansässigen Fondsgesellschaften der Gruppe beteiligt.
- » Lombard Asia hat laut eigener Website zwei Büros in Vietnam und Thailand, denen auch das gesamte auf der Website aufgeführte Team zugeordnet ist. Die DEG ist auch hier an drei auf den **Kaimaninseln** ansässigen Fondsgesellschaften beteiligt.
- » AfricInvest beschäftigt nach eigenen Angaben mehr als einhundert Mitarbeiter in elf Büros, darunter auch ein Büro in **Mauritius**. Alle fünf Beteiligungen der DEG sind in Mauritius registriert.
- » Kibo Capital Partners wurde in **Mauritius** gegründet und der Großteil der Angestellten befindet sich laut Website auch dort. Die DEG ist an zwei auf Mauritius registrierten Fonds beteiligt.
- » Amethis beschäftigt laut eigener Website 45 Mitarbeiter in sechs Büros in Frankreich, Luxemburg, Elfenbeinküste, Kenia, Marokko und Ägypten. Zehn der Mitarbeiter werden Luxemburg zugeordnet, vier Kenia. Die DEG ist an einem luxemburgischen Fonds und einer Zweckgesellschaft (Special Purpose Vehicle) in **Mauritius** beteiligt. Über die mauritanische Gesellschaft war die DEG an einer kenianischen Supermarktkette beteiligt. Diese Beteiligung wurde 2022 auf eine weitere mauritanische Gesellschaft mit DEG-Beteiligung übertragen.
- » VinaCapital ist ein auf Vietnam fokussierter Investment Manager mit laut eigener Website mehr als 200 Mitarbeitern und drei Büros davon zwei in Vietnam und eins in **Singapur**. Die DEG ist an einer

⁷ Unternehmensbeteiligungen sind nur ein Teil der DEG-Aktivitäten. Der größte Teil der Aktivitäten und Kunden entfällt auf Darlehen und die indirekte Finanzierung über Darlehen und Beteiligungen an Drittbanken. Ob und wenn ja in welchem Umfang diese über OFCs abgewickelt werden, lässt sich anhand der DEG-Berichte nicht nachvollziehen.

⁸ Nicht für alle Einträge in der Beteiligungsliste ist eine eindeutige Zuordnung zu einer Kategorie möglich. Darüber hinaus gibt es in der Beteiligungsliste vier Einträge mit dem exakt gleichen Namen.

Gesellschaft aus Singapur beteiligt. Diese Gesellschaft ist – über eine Zwischengesellschaft auf den **BVI** – Teil eines an der Londoner Börse gelisteten und in **Guernsey** ansässigen Fonds.

- » Development Partners International (DPI) hat seinen Hauptsitz in London. Laut britischem Handelsregister sind alle 16 dort registrierten Mitarbeiter in England bzw. Großbritannien ansässig. Die acht DEG-Beteiligungen mit Bezug zu DPI finden sich aber in **Guernsey, Mauritius, Luxemburg und Bahrain**. Die luxemburgische Beteiligung der DEG verwaltete laut Geschäftsbericht 2022 eine Unternehmensbeteiligung in Marokko, hatte selbst keine Mitarbeiter und wurde von Managern aus England und von einem Firmendienstleister aus Luxemburg verwaltet.

Das Transparenzversprechen im Realitäts-Check

„Die DEG ist davon überzeugt, dass transparente Informationen über ihre Arbeitsweise und ihre Finanzierungen dazu beitragen, ihren spezifischen Entwicklungsauftrag zu erfüllen.“ DEG-Website, Februar 2024

Eine Antwort der DEG auf die Kritik an ihren Aktivitäten in OFCs ist der Verweis auf die Bemühung um mehr Transparenz. In den letzten Jahren gab es hier einige Verbesserungen, die vorgebrachte Kritikpunkte adressiert haben. Aber echte Transparenz über die

entwicklungspolitische Wirkung der DEG-Investitionen und möglicher negativer Nebeneffekte der Aktivitäten in OFCs – vor allem aus steuerlicher Sicht – gibt es nach wie vor nicht.

Die Verbesserungen

Investitionsbezogene Informationen seit 2015 auf der Website: Bis Ende 2014 berief sich die DEG bei Anfragen zu konkreten Investitionen noch auf das Bankgeheimnis. Ab 1.1.2015 regelte dann eine (nicht rechtlich verankerte) freiwillige Veröffentlichungsrichtlinie und entsprechende vertragliche Regelungen mit den Kunden weitergehende und an der Praxis anderer Entwicklungsbanken ausgerichtete Veröffentlichung von Informationen über Finanzierungen. Voraussetzung ist, dass der jeweilige Kunde zustimmt. Bis 2017 hatten nach Information der Bundesregierung alle außer drei Kunden dieser erweiterten Transparenz zugestimmt. Demnach sollten u. a. Name des Kunden, Zielland, Investitionsvolumen und Website des Kunden auf der Website der DEG verfügbar sein und zwar zunächst für zwei Jahre. Eine zivilgesellschaftliche Recherche ermittelte jedoch für 2015 bis 2017 39 nicht veröffentlichte Finanzierungen bei insgesamt 280 Neuzusagen (14 %).⁹

(Rückwirkende) Verlängerung der Veröffentlichungsdauer und zusätzliche Informationen: 2020 und 2022 wurde die Veröffentlichungsrichtlinie überarbeitet. Dabei wurde die als zu kurz kritisierte Veröffentlichungsdauer zunächst – allem Anschein nach sogar rückwirkend – auf fünf Jahre und ab 2022 auf den gesamten Vertragszeitraum verlängert. Seit 2022 sollen außerdem Informationen über Name und Sitz von Fondsmanagern und Beteiligungsvehikeln auf der DEG-Website veröffentlicht werden und es wird bei den Website-Einträgen zwischen Darlehen und Beteiligungen unterschieden. Außerdem sollen die Fonds mit DEG-Beteiligung auf „vertraglicher Best Effort Basis“ über die Fonds-Website auch Informationen zu Name, Sitzland und Wirtschaftssektor der Unternehmensbeteiligungen veröffentlichen.

Elektronischer Datensatz: Seit 2023 lassen sich die auf der Website der DEG verfügbaren Informationen über die Investitionen der DEG als elektronischer Datensatz herunterladen und auswerten.

⁹ Zudem werden viele Veröffentlichungen erst viele Monate nach Vertragsunterzeichnung veröffentlicht. Für das Jahr 2023 sind bspw. zum 16. Februar 2024 lediglich 55 Neuzusagen veröffentlicht.

Die Kritik

Trotz der Verbesserungen sind die wesentlichen Informationen zur (steuerlichen) Beurteilung der Offshore-

Aktivitäten aber weiterhin nicht öffentlich zugänglich. Dafür haben wir drei wesentliche Gründe identifiziert.

1. Fehlende Transparenz bei Altfällen sowie fehlende Verknüpfung zur Beteiligungsliste und Lücken bei Neufällen

Dank der Verlängerung des Veröffentlichungszeitraums im Jahr 2020 sind Projekte der DEG auf deren Website seitdem auch rückwirkend für die letzten fünf Jahre einsehbar. Weil wir die Daten von der DEG-Website erstmals Anfang 2022 komplett abgerufen haben, liegen uns die Einträge seit Anfang 2017 vor. Von den 317 im Geschäftsbericht 2022 gelisteten Beteiligungen stammen 139 aus dem Zeitraum vor 2017. Für diese Altfälle gibt es folgerichtig meistens keine Einträge mit

weiterführenden Informationen auf der DEG-Website. Aber auch für 64 neuere Beteiligungen konnten wir selbst mit großem manuellen Aufwand keine Verknüpfung zu einem Eintrag auf der DEG-Website herstellen. Darunter befanden sich auch 25 OFC-Beteiligungen. Insgesamt konnten wir nur für 71 der 166 OFC-Beteiligungen aus dem Geschäftsbericht 2022 eine Verknüpfung zur DEG-Website herstellen.

Datum der Beteiligung	Beteiligungen laut Geschäftsbericht 2022	Ohne Website-Eintrag			Mit Website-Eintrag		
		- davon OFC	- davon kein OFC	- davon OFC	- davon kein OFC		
< 2017	139	130	69	61	9	5	4
2017	22	10	3	7	12	7	5
2018	29	16	6	10	13	11	2
2019	6	6	1	5	0	0	0
2020	53	11	6	5	42	21	21
2021	44	15	7	8	29	17	12
2022	24	4	1	3	20	12	8
Gesamt	317	192	93	99	125	73	52

Tabelle 4: Verknüpfung der Beteiligungen aus dem Geschäftsbericht 2022 mit der DEG-Website

Quelle: eigene Berechnung

Weil laut Bundesregierung bereits bis 2017 die meisten Kunden der DEG der Veröffentlichung auf der Website zugestimmt hatten, bleibt unklar wie diese Lücke zwischen der Beteiligungsliste und der Website zustande kommt. Ein zentrales Problem beim Zusammenführen und damit eine mögliche „Fehler“-Quelle ist die fehlende Verknüpfung zwischen Beteiligungsliste auf der einen und Website auf der anderen Seite. Die Einträge auf der DEG-Website enthalten standardmäßig einen

Kundennamen, der nicht notwendigerweise dem Namen des jeweiligen Beteiligungsvehikels entspricht. Und auch die seit 2022 teilweise verfügbaren Namen der Investmentvehikel stimmen nicht immer mit den Namen aus der Beteiligungsliste überein. Diese fehlende Verknüpfung haben wir soweit wie möglich durch einen manuellen Abgleich mit weiteren verfügbaren Informationen korrigiert. Bei einigen Beteiligungen fehlt aber der Website-Eintrag.

Beispiel 1

In der *Beteiligungsliste für das Jahr 2021* findet sich zum ersten Mal eine Beteiligung von 7,68 Prozent an der **Ashwah Holdings Limited** (Britische Jungferninseln). Auf der Website findet sich ein Eintrag unter dem Titel **Daraju Industries Limited** (Nigeria). Eine Verbindung zwischen Ashwah als *Beteiligungsvehikel für Daraju* ist nur durch Internetrecherche zu finden.

Umgekehrt lässt sich zu einigen Website-Einträgen kein Eintrag in der *Beteiligungsliste* zuordnen, obwohl sie als Beteiligung gekennzeichnet oder beschrieben

sind. Allem Anschein nach erscheinen die Projekteinträge auf der Website einige Monate bevor die Beteiligung im Geschäftsbericht erfasst wird.

Beispiel 2

Auf der DEG-Website finden sich zwei Einträge zur *Thai Credit Bank* aus dem Jahr 2019 und 2022. Zumindest der Eintrag vom Dezember 2022 ist als Beteiligung gekennzeichnet. Einen entsprechenden Eintrag gibt es in der *Beteiligungsliste* aber nicht.

2. Fehlende Informationen über Zielunternehmen auf den Fonds-Websites und fehlende Websites

Laut *Entwicklungspolitischem Bericht 2022* war die DEG an etwa 170 Fonds beteiligt, die wiederum an etwa 1.000 Zielunternehmen beteiligt waren. Die DEG erhebt als Teil ihrer Wirkungsanalyse Daten zu diesen Unternehmen, veröffentlicht aber weder deren Ergebnisse und in vielen Fällen noch nicht einmal die Namen der Unternehmen, sondern verweist auf die jeweiligen Websites der Fonds und Fondmanager.

Aber nur bei 78 von der 201 DEG-Beteiligungen aus dem Geschäftsbericht, die wir der Kategorie Private Equity Funds zugeordnet haben, gab es auf der DEG-Website bereits einen Link zum Kunden. Einige Fonds und Beteiligungsgesellschaften waren nur über die investitionsbezogenen Informationen anderer Entwicklungsbanken zu finden. Einige der Fonds sowie Fondsmanager mit Website machen dort darüber hinaus keine Angaben über ihr Portfolio. Bei 43 Beteiligungen ließ sich auch über die Internet-Recherche keine weitere Information wie z. B. eine Website des Fonds finden.

Bei etwas mehr als der Hälfte der Fonds-Beteiligungen der DEG (126 Einträge aus der *Beteiligungsliste* des Geschäftsberichts) findet sich letztlich zwar eine Website mit Informationen zu den Unternehmensbeteiligungen im Portfolio des Fonds. Allerdings unterscheiden die Websites der Fonds-Manager sehr oft nicht zwischen den verschiedenen gemanagten Fonds (70 Einträge) – und manchmal teilweise nicht zwischen aktiven und veräußerten Beteiligungen. Und auch einen Jahresbericht für den Fonds mit detaillierten Informationen zu den Beteiligungen zum jeweiligen Jahresende gibt es auf den jeweiligen Websites nur selten. Deswegen ist eine eindeutige Zuordnung von Unternehmen zur Fonds-Beteiligung der DEG in vielen dieser Fälle nicht möglich.

Für lediglich 45 Beteiligungen der DEG (22 Prozent) konnten wir über die Fonds-Websites insgesamt 254 Zielunternehmen identifizieren. Während einige der Fonds ausführliche Beschreibungen und einen Link zur jeweiligen Unternehmenswebsite zur Verfügung stellen, sind bei anderen lediglich Namen ohne Link zu finden. Schließlich sind über die Website der Zielunternehmen deren Geschäftsberichte nur in den wenigsten Fällen öffentlich zugänglich. Wir konnten insgesamt 25 Geschäftsberichte identifizieren. Dadurch sind eine detaillierte Analyse der lokalen Steuerzahlungen und Gewinne und eine Überprüfung der *entwicklungspolitischen Wirkung* nur sehr beschränkt möglich.

Beispiel 3

Die in der *Beteiligungsliste* geführte **Agri Trekta Ltd**, Mauritius ist laut eines Dokuments der COMESA Competition Commission eine Tochtergesellschaft der *Phatisa Fund Manager 2 Limited LLC* und hält Anteile an der auf der DEG-Website gelisteten **FES Agric Services** in Zambia und Malawi. Eine eigene Website hat *Agri Trekta* nicht. Eine Beziehung zwischen *Agri Trekta* (aus der *Beteiligungsliste* des Geschäftsberichts) und der *FES* (auf der DEG-Website) ist nicht zu erkennen.

Beispiel 4

Die DEG ist an mehreren Fonds des Fondsmanager **AfricInvest** beteiligt. Die **Portfolioübersicht** auf der Website von AfricInvest lässt sich nach elf verschiedenen Fonds filtern. Zu den einzelnen Unternehmen findet sich eine Information über den Investitionsstatus und das Land der Aktivität aber

kein Link zur Unternehmenswebsite. Insgesamt lassen sich so aus drei Fonds mit DEG-Beteiligung 22 Zielunternehmen identifizieren. Ein vierter Fonds von AfricInvest („Africinvest Fund IV LLC“) aus der Beteiligungsliste der DEG findet sich aber nicht auf der Website von AfricInvest.

3. Fehlende Angaben im entwicklungspolitischen Bericht

Der entwicklungspolitische Bericht der DEG veröffentlicht aggregierte Zahlen aus den intern vorliegenden Geschäftsberichten, einschließlich der über Private Equity Funds indirekt gehaltenen Unternehmensbeteiligungen. Demnach machen die lokal gezahlten (Unternehmens-) Steuern nur einen kleinen Teil der lokal generierten Einkommen aus (2022: 6,4 Milliarden Euro). Im Vergleich dazu waren die lokalen Gewinne und Kapitaleinkommen aus den Unternehmen deutlich wichtiger (2022: 27,3 Milliarden Euro). Um diese Zahlen in einen Kontext zu setzen, wäre es nötig zu wissen, wie die DEG lokale Steuern bzw. Gewinne definiert und abgrenzt, wie hoch der Umfang der Gewinne und

Kapitaleinkommen insgesamt war und welcher Teil davon zu niedrig besteuert (über OFCs) ins Ausland floss. Dazu veröffentlicht die DEG aber keinerlei Informationen. Laut Geschäftsbericht beendete die DEG 2021 außerdem „(d)as sehr umfangreiche, mehrjährige Projekt der sog. Fondsdurchschau“. Laut Geschäftsbericht bewertet der Aufsichtsrat „den Abschluss sehr positiv, da mit der Operativsetzung ein weiter verbessertes Management der Beteiligungsrisiken einhergeht“. Ob dabei auch negative steuerliche Nebeneffekte der OFCs-Beteiligungen untersucht wurden und wenn ja, mit welchem Ergebnis, beschreibt der Geschäftsbericht nicht.

Steuerliche Konsequenzen und Unternehmensbeispiele

Mehrere Fallstudien und öffentlich diskutierte Streitfälle haben in den letzten Jahren die Gewinnverschiebung großer Konzerne dokumentiert. Mehrere umfassende Leaks haben den Umfang von anonymen und teils illegitime Geldflüssen über Briefkastengesellschaften in Steueroasen und Schattenfinanzzentren illustriert. Die Streitfälle und Leaks haben den Reformdruck erhöht und u. a. dazu beigetragen, dass die Reduzierung illegitimer Finanzflüsse Teil der nachhaltigen Entwicklungsziele geworden ist. In diesem Kontext ist auch die Kritik an den OFC-Aktivitäten der DEG zu betrachten.

Es stellt sich die Frage inwieweit die OFC-Aktivitäten der DEG insgesamt das System anonymer und illegitimer Finanzflüsse legitimieren und dadurch stärken. Eine Antwort der Bundesregierung verweist neben den Leitlinien zum Umgang mit Finanzierungen in intransparenten Ländern lediglich auf von der DEG entwickelte, verbindliche Kriterien zum Fondsengagement, die ausschließen sollen, *„dass durch ein Fondsengagement der DEG im Partnerland eine Besteuerung vermieden wird bzw. es zu Gewinnverkürzungen im oder Gewinnverlagerung aus dem Partnerland der DEG kommt.“*¹⁰ Veröffentlicht sind diese nicht.

Bei den direkten steuerlichen Konsequenzen die OFC-Aktivitäten für die einzelnen Investments lassen sich drei grobe Kategorien unterscheiden:

- 1.** Zu allererst profitiert die DEG bei ihren Fondsengagements über OFCs mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zumindest in einigen Fällen von **geringeren Quellensteuern auf Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne**, die aus den Zielländer über die OFCs an die DEG fließen.
- 2.** Zum zweiten ist es trotz gegenteiliger Kriterien zum Fondsengagement nicht auszuschließen, dass in OFCs angesiedelte Holdinggesellschaften mit DEG Beteiligung neben Dividenden und Veräußerungsgewinnen, **Gewinne auch über konzerninterne Zinsen oder Zahlungen für konzerninterne Leistungen aus dem Zielland in die OFCs verschieben.**
- 3.** Und schließlich stellt sich die Frage wie weit die DEG das **Risiko von Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung durch sogenanntes „round-tripping“** bei ihren Co-Investoren durch ihre Prozesse zur Überprüfung von Kundenbeziehungen (Know Your Customer, kurz KYC) reduzieren kann.

¹⁰ Siehe Antwort der Bundesregierung vom 3.4.2018 auf Parlamentarische Frage „Beteiligung der DEG-Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft an Unternehmen, Zweckgesellschaften und Fonds in Offshore-Finanzplätzen“, S. 6; Drucksache 19/1508

Quellensteuervermeidung über vorteilhafte Doppelbesteuerungsabkommen

Durch unsere Analyse haben wir 254 der etwa 1.000 indirekten DEG-Beteiligungen über Private Equity Funds identifiziert, 180 davon werden über OFCs gehalten.

Mehr als die Hälfte der identifizierten Investitionen über OFCs liefen über Mauritius. Die häufigsten Zielländer waren Indien, Marokko und Ägypten.

Land Ziel- unternehmen	Guernsey (Kanalinsel)	Kaiman- inseln	Luxem- burg	Malta	Mauritius	Nieder- lande	Singapur	Gesamt
Ägypten	6				5			12*
Algerien	1			1	3			5
Elfenbeinküste	2				4			6
Ghana					4			4
Indien		4			20		6	30
Kenia					5			5
Madagaskar					3			3
Marokko	3			2	15			20
Mauritius	1				4			5
Sri Lanka					4			4
Südafrika	2				3			5
Tunesien	1			2	6			9
Türkei						5		5
US						8		8
andere	5	4	9	0	26	6	9	59
unbekannt	4	1			22		1	28
Gesamt	21	8	9	5	102	19	15	180

Tabelle 5: Sitzländer der OFC-Beteiligungen und der Zielunternehmen

Quelle: eigene Auswertung

* ein weiteres ägyptisches Zielunternehmen wird über die britischen Jungferninseln gehalten

Ausnutzung von vorteilhaften Doppelbesteuerungsabkommen

Die Generierung von lokalem Einkommen ist eine der fünf entwicklungspolitischen Ziele der DEG. Dabei zählen sowohl Steuern als auch die lokalen Unternehmensgewinne zu den lokalen Einkommen. Wie hoch der Anteil der aus dem Zielland in OFCs abfließenden Gewinne und Kapitaleinkommen ist, führt der entwicklungspolitische Bericht nicht aus. Dabei handelt es sich vor allem um Dividenden und Veräußerungsgewinne und bei einigen Investitionen auch um Zinszahlungen. Die meisten Länder erheben auf solche ins Ausland abfließende Erträge eine Quellensteuer.

Wie hoch diese ist hängt von mehreren Faktoren ab – u. a. von der Einkommensart sowie Art und Ort des Empfängers. Doppelbesteuerungsabkommen begrenzen oft die Höhe der Quellensteuer. Mit einer strategisch gewählten Zwischengesellschaft kann

ein Investor durch die Ausnutzung von aus seiner Sicht vorteilhaften Abkommen die Höhe der vor Ort fälligen Steuer verringern und das lokale Einkommen im Zielland verringern. Dabei enthalten bisher nur wenige neue Abkommen Regeln, die einen Missbrauch über substanzlose Zwischengesellschaften effektiv verhindern.

Eine Auswertung für Dividendenzahlungen an die von uns identifizierten Zielunternehmen der OFC-Beteiligungen der DEG zeigt, dass die Nutzung von OFCs zumindest in einigen Fällen möglicherweise zu niedrigeren Quellensteuern führt (rot). Nur in einer Konstellation (grün) führte das gültige Doppelbesteuerungsabkommen möglicherweise zu einer höheren Quellensteuer. In anderen Fällen ergaben sich keine Unterschiede (gelb).

Land Zielunternehmen	Guernsey (Kanalinsel)	Kaimaninseln	Luxemburg	Malta	Mauritius	Niederlande	Singapur	Deutschland	Non-Treaty
Ägypten	–	–	–	15	5*	0	15	20	10
Algerien	–	–	–	–	–	–	–	15	15
Elfenbeinküste	–	–	–	–	–	–	–	15	15
Ghana	–	–	–	6	7	5	5**	5**	8
Indien	–	–	10	10	5**	10	10	10	20
Kenia	–	–	–	–	–	–	–	15	15
Madagaskar	–	–	–	–	max 10	–	–	–	10
Marokko									15
Mauritius	–	–	15	10	–	15	10	15	15
Sri Lanka			7,5*		10*	10	7,5*	15	15***
Südafrika****	–	–	5**	5*	5*	5'	5*	7,5*	20
Tunesien	–	–	10	10	0	0	5	5**	10
Türkei			10*	10*	–	15*	10*	5*	10

Tabelle 6: Doppelbesteuerungsabkommen zwischen OFCs und Sitzländern der Zielunternehmen

Quelle: eigene Auswertung basierend auf [PWC Tax Summaries](#)

* mindestens 25 % Anteil am Kapital

** mindestens 10 % Anteil am Kapital

*** ab 2023

**** nur für börsennotierte Anteile, zahlungspflichtig ist der wirtschaftlich Berechtigte („beneficial owner“)

Die Auswertung zeigt aber auch, dass die vielen in den Kaimaninseln beheimateten Fonds so gut wie gar nicht von günstigen Doppelbesteuerungsabkommen profitieren. Die Ansiedlung dort kann aus steuerlicher Sicht trotzdem günstig sein. Auf den Kaimaninseln gibt es keine Unternehmensteuer und keine Quellensteuer. Das heißt, dass zum Beispiel Veräußerungsgewinne

auf die auch in den meisten Partnerländern der DEG keine Quellensteuer erhoben wird, dort steuerfrei vereinnahmt und weitergeleitet werden können. Vor allem Investoren aus den USA können über das gültige Doppelbesteuerungsabkommen außerdem in vielen Fällen ihre heimische Einkommensteuer reduzieren.

Das Beispiel Kenia: Mehr als nur der direkte Schaden

Wie problematisch und umstritten Doppelbesteuerungsabkommen mit OFCs für die Partnerländer der DEG sein können, zeigt das Beispiel Kenia. 2012 ratifizierte Kenia und Mauritius ein Abkommen, das die Quellensteuer auf Dividenden von zehn auf fünf Prozent reduzierte und keine Quellensteuer für Veräußerungsgewinne vorsah. 2014 führt Kenia eine Quellensteuer von fünf Prozent auf Veräußerungsgewinne ein und erhöhte sie 2022 auf fünfzehn Prozent.

Tax Justice Africa deckte in der Folge mehrere große steuerfreie Veräußerungen von Anteilen an kenianischen Unternehmen in Mauritius auf und klagte gegen das Abkommen.¹¹ Wegen eines Prozessfehlers beim Abschluss wurde das Abkommen 2019 als ungültig erklärt.¹² 2020 verabschiedete das kenianische Parlament ein **neues Abkommen**. Dieses Abkommen erhöht die Quellensteuer auf Dividenden auf acht Prozent und räumt Kenia in den meisten Fällen ein Recht ein, Veräußerungsgewinne zu besteuern. Das neue Abkommen ist aber nach wie vor nicht in Kraft.

Die DEG ist indirekt über Mauritius an mehreren kenianischen Zielunternehmen beteiligt. Besonders problematisch ist dabei das Beispiel der Supermarktkette Naivas. Die DEG war über einen in Luxemburg

ansässigen Fond sowie direkt über eine in Mauritius ansässige Zweckgesellschaft dieses Fonds an Naivas beteiligt. Die Supermarktkette gehört einer sehr vermögenden kenianischen Familie, allerdings halten auch sie ihre Anteile allem Anschein nach über eine Zweckgesellschaft aus Mauritius. Diese wurde Ende 2015 in das Unternehmensregister in Mauritius eingetragen. **2020 übernahmen** der luxemburgische Fond, und die DEG und weitere Partner einen Teil der Anteile. **2022 verkaufte** der luxemburgische Fonds diese Anteile laut Geschäftsbericht zu mehr als dem doppelten Preis und mit einem Veräußerungsgewinn von mehr als 20 Millionen Euro an einen sehr vermögenden Investor weiter. **Dieser Gewinn war für die DEG und die anderen Investoren steuerfrei.** Durch die Verspätung bei der Umsetzung des Doppelbesteuerungsabkommens hat Kenia wichtige Steuereinnahmen verloren, die dem Land für die Finanzierung entwicklungs- und nachhaltigkeitspolitischer Aufgaben fehlen. Zusätzlich entgehen die kenianischen Eigentümer so möglicherweise der Besteuerung im Heimatland und lokale Händler leiden gleich doppelt unter der niedrigbesteuerten und von der DEG mit zusätzlichem Kapital versorgten Konkurrenz aus der Steueroase.

Die Geschichte ist noch viel komplizierter

Die oben beschriebenen Fälle gehen davon aus, dass die Fonds direkt in Unternehmen investieren, die dort registriert sind, wo sie hauptsächlich tätig sind. Das ist schon dann schwierig zu erfassen, wenn die Zielunternehmen in mehreren Ländern tätig sind und auf deren Website nicht ersichtlich ist, wo sie ihren Hauptsitz haben. Noch schwieriger – und meistens aus Sicht der Partnerstaaten noch problematischer für das Steueraufkommen – wird es, wenn die Fonds selbst Zwischengesellschaften nutzen oder die Zielunternehmen Holding-Gesellschaften für Investoren in OFCs eingerichtet haben.

Beispielsweise ist die DEG laut Beteiligungsliste an der Arbaro Fund SCSp in Luxemburg beteiligt. Der Fond hält wiederum Anteile an Miro Forestry, einem Unternehmen, das in der Holzwirtschaft in Ghana und Sierra Leone tätig ist. Miro Forestry besteht aus drei Tochtergesellschaften in Sierra Leone und Ghana und einer Muttergesellschaft in Großbritannien. Der Arbaro Fund ist über die Zwischengesellschaft ARBARO 1 MASTER-HOLDCO S. À R. L. aus Luxemburg an der britischen MIRO FORESTRY DEVELOPMENTS LIMITED beteiligt.

¹¹ Tax Justice Network Africa (2018): *Trick or Treat(y). Kenya's Tax Treaty giveaways to Tax Havens.*

¹² *Global Alliance for Tax Justice* (2019)

Solche Beteiligungsketten führen dazu, dass der Umfang der vermiedenen Quellensteuern noch deutlich größer sein könnte als in der Auswertung in Tabelle fünf zu vermuten, weil möglicherweise im Beteiligungsbericht nicht aufgeführte Zwischengesellschaften noch aus Sicht der Investoren vorteilhaftere OFCs nutzen. Aber sie lassen sich nur in den wenigsten

Fällen und mit großem Aufwand komplett aufdecken, wenn – wie im Beispiel mit Luxemburg und Großbritannien – zufällig Gesellschaften in Ländern involviert sind, die umfangreiche Informationen öffentlich zugänglich machen. Umso wichtiger ist es, dass die DEG die Beteiligungsstruktur möglichst transparent macht, so wie das beispielsweise bei der IFC der Fall ist.

Gewinnverschiebung in OFCs

Über Gewinnverschiebung können Konzerne ihre steuerpflichtigen Gewinne in den Ländern reduzieren, in denen sie erwirtschaftet werden und sie in Länder verschieben, in denen sie niedriger oder gar nicht besteuert werden. Dafür nutzen sie konzerninterne Zahlungen für Zinsen, Patente, Markennamen oder Dienstleistungen zu überhöhten Verrechnungspreisen. Die meisten OFC-Beteiligungen der DEG sind davon wahrscheinlich nicht betroffen. Wie schon im vorherigen Kapitel beschrieben, vereinnahmen die in den OFCs beheimateten Fonds meistens nur bereits vor Ort besteuerte Dividenden und bisher nur selten besteuerte Veräußerungsgewinne.

In einzelnen Fällen besteht aber die Gefahr, dass die Zielunternehmen der DEG auch unversteuerte Erträge

in OFCs verschieben. Dies kann zum Beispiel dann der Fall sein, wenn die DEG-Beteiligungen in den OFCs einen beherrschenden Einfluss auf die Zielunternehmen ausüben und überhöhte Zinszahlungen durchsetzen oder wenn die Zielunternehmen selbst in den OFCs Holdinggesellschaften einrichten und unversteuerte Gewinne dorthin verschieben.

Weil in den meisten OFCs und für die meisten Fonds keine Pflicht zur Offenlegung ihrer Geschäftsberichte besteht, sind solche Fälle nur sehr schwer aufzudecken und ohnehin ohne interne Unterlagen nicht zweifelsfrei nachweisbar. Wir konnten für die 1.000 Zielunternehmen insgesamt nur 25 Geschäftsberichte auffinden. Bisher konnten wir in keinem davon Anzeichen für umfassende Gewinnverschiebung finden.

Steuerhinterziehung und Geldwäscherisiken

Gewinnverschiebung und Steuervermeidung ist nur ein Teil des Problems von OFCs. Neben den niedrigen Steuern bieten sie oft auch hohe Anonymität und geringere Kontrolle. Unternehmensdienstleistungen sind oft der mit Abstand wichtigste Wirtschaftszweig und dessen Vertreter üben einen großen Einfluss auf Politik und Verwaltung aus. Welche Konsequenzen das haben kann beschreibt der Untersuchungsbericht des britischen Sonderkommissars zu den Britischen Jungferninseln aus dem Jahr 2022 eindrücklich. Der Bericht führt aus, dass die Prinzipien der Good Governance wie Offenheit, Transparenz und sogar die Rechtsstaatlichkeit fast überall ignoriert werden, dass die aufeinanderfolgenden Regierungen Good Governance bewusst verhindert haben und dass nur ein Aussetzen der Verfassung und eine Suspendierung von Ministern und Parlament helfen kann.¹³

In diesem Umfeld hat die DEG 2021 eine Beteiligung an einer Holdinggesellschaft mit Sitz auf den Britischen Jungferninseln erworben, die ein nigerianisches Unternehmen kontrolliert. Ohne den Fall im Detail beurteilen zu können, vor allem weil über das Unternehmen in Nigeria und die anderen Anteilseigner wenig bekannt ist, stellt sich die Frage ob die Prüfprozesse der DEG, die teilweise auf öffentlich beglaubigte Unterlagen angewiesen sind, verlässlich funktionieren und Missbrauch ausschließen können. Das Zielunternehmen beschreibt sich selbst als „proudly Nigerian“. Denkbar und in einigen Ländern weit verbreitet ist, dass lokale Unternehmer:innen aus Misstrauen gegenüber dem Staat Investitionen in ihrem Heimatland über Drittländer leiten (sogenanntes round-tripping). Auch Politiker:innen nutzen solche Offshore-Holdings um der demokratischen Kontrolle ihrer Aktivitäten und ihres Vermögens

¹³ Im Originalwortlaut: „Almost everywhere, the principles of good governance, such as openness, transparency and even the rule of law, are ignored...that the elected BVI Government, in successive administrations (including the current administration), has deliberately sought to avoid good governance... I recommend partial suspension of the Constitution, by the dissolution of the House of Assembly, the cessation of ministerial government and necessary consequential suspension of provisions of the Constitution, for an initial period of two years.“

zu entfliehen. Dadurch entsteht ein großer direkter und indirekter Schaden für die lokalen Einnahmen. Mit einer Steuerquote von etwa drei Prozent von der Wirtschaftsleistung sind die Steuereinnahmen in Nigeria so niedrig wie in keinem anderen Land der Welt, mit verheerenden Konsequenzen für den Staat. Die Britischen Jungferninseln stehen seit Anfang 2023 auf der schwarzen Liste der EU und es bleibt abzuwarten, wie die DEG auf die aktuellen Entwicklungen reagieren wird. 2022 fand sich das Unternehmen weiterhin in der Beteiligungsliste.

Ein weiterer Problemfall war 2019 bekannt geworden und wurde in einer *kleinen Anfrage 2020* thematisiert. Der pakistanische Geschäftsmann Arif Naqvi hatte

demnach mehrere Private Equity Funds aufgesetzt, Geld u. a. von privaten Investoren, der Gates-Stiftung und mehreren Entwicklungsbanken einschließlich der DEG eingesammelt, die Funds in OFCs wie den Kaimaninseln oder Mauritius angesiedelt und dann in großem Umfang Gelder veruntreut. Die Anfrage ergab, dass die DEG an sieben Fonds, in den Kaimaninseln, in Mauritius, Luxemburg, Malta, Kanada und dem Vereinigten Königreich beteiligt war. Eine Information zu den erzielten Gewinnen lehnte die Bundesregierung mit Verweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnis ab. Die Investitionen und Fonds der DEG waren nach damaliger Kenntnis der Bundesregierung nicht von den Betrugsfällen betroffen.

Update für das Geschäftsjahr 2023 (Stand Mai 2024)

Im April 2024 hat die DEG ihren Geschäftsbericht für 2023 veröffentlicht. Der entwicklungspolitische Bericht für 2023 stand allerdings noch nicht zur

Verfügung. Im Vergleich zu 2022 gab es keine wesentlichen Veränderungen.

Jahr	OFC-Beteiligungen	DEG-Anteil am Eigenkapital (in T€)	Zuwachs (in T€)	Anteil OFC-Beteiligungen	Anteil OFC am Eigenkapitalanteil
2014	*	*	*	16 %*	35 %*
2015	*	*	*	28 %*	38 %*
2016	113	693.128,05 €	*	51 %	56 %
2017	119	1.012.802,01 €	319.673,96 €	51 %	59 %
2018	146	1.005.750,42 €	-7.051,59 €	60 %	61 %
2019	145	1.120.146,76 €	114.396,34 €	60 %	61 %
2020	167	1.177.242,47 €	57.095,71 €	57 %	61 %
2021	161	1.125.693,71 €	-51.548,76 €	51 %	55 %
2022	166	1.443.238,26 €	317.544,55 €	52 %	59 %
2023	179	1.532.539,18 €	89.300,92 €	53 %	59 %

Tabelle 7: Anzahl und Umfang der DEG-Beteiligungen in OFCs (2014 bis 2023)

Quelle: eigene Berechnung anhand der Beteiligungslisten aus den jeweiligen Geschäftsberichten

* geänderter Schwellenwert ab 2016

OFC-Anteil konstant bei 59 Prozent: Der Geschäftsbericht für 2023 enthält 36 neue Beteiligungen, davon 18 in OFCs (wie in den Vorjahren vor allem Kaimaninseln und Mauritius). 5 OFC-Beteiligungen wurden aufgelöst. Von 338 im Geschäftsbericht 2023 gelisteten Beteiligungen hatten insgesamt 179 ihren Sitz in einem OFC (53 Prozent der gesamten Beteiligungen und 1 Prozent mehr als im Vorjahr). Der auf sie entfallende Kapitalanteil der DEG summierte sich auf 1,5 Milliarden Euro (59 Prozent der Gesamtsumme und 89 Millionen Euro mehr als im Vorjahr).

Kaum Verbesserung bei der Transparenz:

» Die Zuordnung zwischen Geschäftsbericht und der Investments-Übersicht auf der DEG-Website war wegen der fehlenden Verknüpfung zwischen den

beiden Berichten weiterhin nur eingeschränkt möglich. Zu insgesamt 10 von 36 neuen Beteiligungen konnte kein Eintrag auf der Website zugeordnet werden, darunter 3 OFC-Beteiligungen.

» Von den 22 neuen Funds ermöglichten nur 3 die Identifikation der Zielunternehmen der DEG. 14 Funds veröffentlichen auf ihrer Website zwar Informationen zu ihrem Portfolio, unterscheiden aber nicht nach den einzelnen Funds und machen damit eine Zuordnung zur konkreten DEG-Beteiligung unmöglich. 2 Funds aus dem Geschäftsbericht der DEG verfügten über keine Website. Bei 2 Beteiligungen aus dem Geschäftsbericht konnten dafür dank der neuen Information zu „SPV/Holding name“ auf der Website ein konkretes Unternehmen

zugeordnet werden. Insgesamt konnten wir so für die 22 neuen Funds nur 11 Zielunternehmen identifizieren.

Ergebnisse des Dialogs mit der DEG: Die Ergebnisse der Studie waren Gegenstand beim zivilgesellschaftlichen Dialog mit der DEG im April 2024. Die DEG hat außerdem vor Veröffentlichung der Studie schriftlich zu den Ergebnissen Stellung genommen. Dabei verweist sie u.a. auf die Vorgaben zur Tax Compliance der KfW Bankengruppe, Geldwäscheverpflichtungen, umfangreiche Überprüfungen von Investitionen sowie vertraglich vereinbarte Berichtspflichten und Einsichtsrechte. Die DEG betont, dass sie keine Strukturen nutzt, die auf Steuervermeidung angelegt sind und dass sie keine intransparenten Finanzierungen tätigt. Die DEG weist zudem auf die umfangreichen und weit über die gesetzlichen Verpflichtungen hinausgehenden Veröffentlichungen von investitionsbezogenen Informationen hin, mit Angaben u.a. zum Zweck des Vorhabens, Zielland, Wirtschaftssektor, Finanzierungsvolumen sowie Umwelt- und Sozialkategorie sowie auf die nochmaligen Erweiterungen der Online-Datenbank seit 2022. Auch weist sie darauf hin, dass Private-Equity-Fonds, bei denen noch kein Fonds-Closing stattgefunden hat, noch nicht in Unternehmen investieren konnten und entsprechend nicht über Portfoliounternehmen informieren können. Sie hebt die durch die Zielunternehmen geschaffenen Arbeitsplätze und das lokale Einkommen hervor. Und sie weist schließlich daraufhin, dass alle Rückflüsse und Erträge ausschließlich für Investitionen in Entwicklungsländern verwendet werden.

Fazit und Empfehlungen

Der vorliegende Bericht wertet die indirekten Beteiligungen der DEG zum ersten Mal umfassend aus. Dabei fokussiert er auf die steuerlichen Konsequenzen der DEG-Beteiligungen über OFCs. Auch darüber hinaus gibt es berechtigte Zweifel, ob die Investitionen über Private Equity Funds in OFCs und über komplexe Investitionsnetze der nachhaltigen Entwicklung oder eher einer kleinen, mächtigen Finanzelite zugutekommen (*vgl. Eurodad, 2021*).

Wegen fehlender Daten kann der Bericht die steuerliche Wirkung nur beispielhaft und grob abschätzen. Trotz dieser Einschränkung zeigt er, dass sich der Umfang der Aktivitäten der DEG in OFCs trotz der intensiven Diskussion der letzten Jahre nicht geändert hat. Er zeigt außerdem, dass es in Bezug auf Transparenz zwar erste Verbesserungen gab, die sich zum Teil erst für den Geschäftsbericht 2023 voll auswirken werden. Die wesentlichen Informationen zur Beurteilung der steuerlichen und entwicklungspolitischen Konsequenzen dieser Aktivitäten werden aber weiterhin nicht veröffentlicht. Mehrere Beispiele belegen schließlich aber, dass die DEG – beabsichtigt oder nicht – über die Nutzung von OFCs Steuern vermeidet. Das hat negative Effekte auf die lokalen Einnahmen in den Partnerländern der DEG und widerspricht damit den entwicklungspolitischen Zielen ohne dass das bisher ausreichend in die Wirkungsanalyse einfließt.

Als 100%ige Tochter der staatlichen KfW Bankengruppe ist die DEG Teil der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die Bundesregierung sollte daher zum einen die DEG verpflichten ihre Berichterstattung so zu verbessern, dass eine nachvollziehbare Bewertung der steuerlichen Wirkung des DEG-Engagements über OFCs für den Bundestag und die Öffentlichkeit möglich ist. Die Bundesregierung muss dafür ihre Bewertung, es gäbe kein „Transparenz- und Rechenschaftsdefizit“¹⁴ bei der DEG revidieren. Sie sollte insbesondere sicherstellen, dass die DEG:

1. Alle Private Equity Funds mit DEG-Beteiligung verpflichtet, Informationen über ihre Beteiligungen nach Fond getrennt zu veröffentlichen.

2. Basisinformationen der indirekt gehaltenen Unternehmensbeteiligungen auf der eigenen Website der DEG zur Verfügung stellt (darunter Name, Sitzland und ggf. Website) oder zumindestens einmal jährlich die Liste der Beteiligungen veröffentlicht.

3. Informationen über die Beteiligungsstruktur auf der eigenen Website offenlegt (darunter Name der DEG-Beteiligung entsprechend der Beteiligungsliste im Geschäftsbericht, Beteiligungskette zum Zielunternehmen und ggf. Obergesellschaften des Fonds).

Zum anderen sollten die Bundesregierung und die DEG die negativen (Neben)Effekte der Investitionen über OFCs anerkennen und eine umfassende Rechenschaft über die entwicklungspolitische Wirkung dieser Investitionen sicherstellen. Dazu sollte die DEG:

4. Die negativen Effekte von Gewinnabflüssen über OFCs in ihrer Wirkungsanalyse messen und zumindest aggregierte Zahlen zu den lokalen Gewinnen als Verhältnis zu den lokalen Steuerzahlungen und die über Drittländer abfließenden Investoreneinkommen im Vergleich zu lokalen Investoreneinkommen veröffentlichen.

5. Die direkte und indirekte entwicklungspolitische Wirkung ihrer Aktivitäten in OFCs genauer und nachvollziehbar untersuchen. Dazu sollte sie ihre Kriterien zum Fondesengagement veröffentlichen und ggf. weiterentwickeln.

6. Eine Strategie zur mittelfristigen Reduktion der DEG-Finanzierungen über OFCs erarbeiten.

Jenseits der in dieser Studie untersuchten steuerlichen Wirkung sollte die DEG auch in Bezug auf die entwicklungspolitische Wirkung für mehr Transparenz sorgen. Neben der Offenlegung der indirekten Unternehmensbeteiligungen sollte sie dazu nachvollziehbare Informationen über die entwicklungspolitische Wirkung der einzelnen DEG-Finanzierungen, wie Umwelt- und Sozialpläne und DERa-Daten veröffentlichen und damit eine Antwort auf wachsende Zweifel und Kritik vor allem an den Investitionen über OFCs liefern.

¹⁴ Siehe Antwort der Bundesregierung vom 21.12.2023 auf Parlamentarische Frage „Transparenz und Rechenschaft bei Investitionen der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft im Privatsektor des Globalen Südens“, S.2; Drucksache 20/9897

Anhang 1: Liste der Offshore-Finanzzentren (OFCs)

Land	Kleine Anfrage 2020)**	EU-Liste 2023)*	Ertrags-Steuersatz < 9 %*
Amerikanische Jungferninseln		ja	
Amerikanisch-Samoa		ja	
Anguilla		ja	ja
Bahamas	ja	ja	ja
Bahrain	ja		ja
Barbados	ja		ja
Bermuda	ja		ja
Britische Jungferninseln	ja	ja	ja
Costa Rica		ja	
Curaçao			
Delaware (USA)	ja		
Fidschi		ja	
Gibraltar	ja		
Guam		ja	
Guernsey			ja
Hong Kong	ja		
Insel Man			ja
Irland	ja		
Jersey	ja		ja
Kaimaninseln	ja		ja
Libanon			

Land	Kleine Anfrage 2020)**	EU-Liste 2023)*	Ertrags-Steuersatz < 9 %*
Liechtenstein	ja		
Luxemburg	ja		
Malta	ja		
Marshallinseln		ja	ja
Mauritius	ja		
Niederlande	ja		
Palau		ja	ja
Panama	ja	ja	
Samoa		ja	
Schweiz	ja		
Singapur	ja		
St. Kitts und Nevis	ja		
Turks- und Caicosinseln		ja	
Vanuatu		ja	ja
Vereinigte Arabische Emirate	ja		ja
Zypern	ja		

* www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona/steueroasen-bedingungen-coronahilfen.html

** <https://dserver.bundestag.de/btd/19/186/1918643.pdf>